

TTIP & CETA stoppen!

Nein zu den Freihandelsabkommen der Banken und Konzerne!

Das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP soll bereits 2015 in aller Eile fertig verhandelt sein.

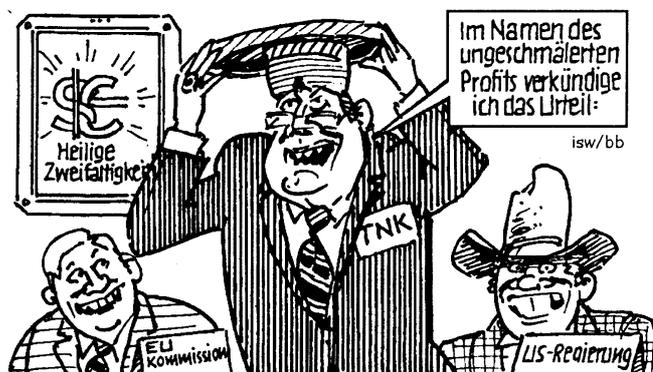
Die 2013 durch die europäische Kommission beschlossenen Leitlinien für die Verhandlungen und das, was inzwischen durchgesickert ist, lassen Schlimmstes befürchten.

Betroffen wären alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Ob Umwelt- und Verbraucherschutz oder soziale Rechte und die Rechte der Beschäftigten: Alles soll der Freiheit der großen Banken und Konzerne untergeordnet werden.

Konzerne gegen Staaten

Unternehmen sollen Staaten und Kommunen verklagen können, wenn ihre erwarteten Gewinne durch staatliche oder kommunale Entscheidungen geschmälert werden. Das können Umweltauflagen sein, die Erhöhung des Mindestlohns oder der Verbot von Giftmülldeponien.



Geklagt wird vor privaten Schiedsgerichten, bestehend aus drei Wirtschaftsanwälten, die geheim tagen und deren Entscheidungen nicht angefochten werden können.

Konzerne gegen Demokratie

Ein „Regulatorischer Rat“ soll zwischen USA und EU eingerichtet werden. Er soll alle Gesetze und Regelungen unter die Lupe nehmen, ob sie die Gewinne der Konzerne und Banken schmälern könnten.

Dieser Rat soll mit „Experten“ zusammenarbeiten. Diese Experten sind die Lobbyvertreter der großen Konzerne diesseits und jenseits des Atlantiks. Sie begleiten die laufenden Verhandlungen intensiv und haben sie seit Jahren vorbereitet.

Kein Wunder, dass die Öffentlichkeit von den Verhandlungen ausgeschlossen bleibt. Sie soll vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Demokratie und bürgerlicher Rechtsstaat, Arbeits- und Menschenrechte sind bedroht.

Wem gehört die Stadt?

Auf die Städte und Gemeinden käme eine Welle neuer Privatisierungen zu. Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung usw. sollen der privaten Profitmacherei dargeboten werden.

Mit einem anderen, parallel geheim verhandelten Abkommen über Dienstleistungen (TiSA), soll künftig jede Rekommunalisierung unmöglich gemacht werden.

Kommunale Planungsrechte, öffentliche Dienstleistungen, Mieterrechte — alles wäre bedroht.

Etlliche Kommunen haben bereits kritische und ablehnende Beschlüsse gegen diese Abkommen gefasst. Diesem Beispiel muss auch der Mindener Stadtrat folgen!



Das fertig ausgehandelte Abkommen der EU mit Kanada (CETA) ist ganz ähnlich wie TTIP. Auch CETA muss verhindert werden!

Die DKP Minden ruft auf, die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA zu unterstützen. Und damit den europaweiten Widerstand deutlich zu machen.

DKP Deutsche
Kommunistische
Partei
Minden
www.dkp-minden.de

V.i.S.d.P.: R. Liebau, Hardenbergstr. 23. 32427 Minden